



Medienmitteilung

Zürich, 24. März 2023

Vorschau auf die Kantonsratsdoppelsitzung vom Montag, 27. März 2023

Fokusthemen: **Bildung und Finanzen**

Der Zürcher Kantonsrat wird am Montagvormittag nach der Schlussabstimmung über eine PI zum Klimaneutralitätsbeitrag der ZKB über die Finanzierung von Hochschul-Bauprojekten diskutieren. Danach stehen die Abschreibung eines Postulats, zwei Fristerstreckungen und die Schlussabstimmung zu einer PI betreffend Schulnoten an. Bis zum Mittag wird sich der Rat mit der Abschreibung verschiedener Postulate beschäftigen. Die Nachmittagssitzung beginnt mit der zweiten Lesung einer PI zur Höhe von Notariatsgebühren. Danach steht die Genehmigung dreier Beiträge aus dem Gemeinnützigen Fonds an, bevor sich der Rat mit einer beantragten Erhöhung des Steuerabzugs für Kinderdrittbetreuung auseinandersetzen wird. Nach der Abschreibung eines weiteren Postulats wird der Rat voraussichtlich noch ein paar Vorstösse behandeln, welche die Staatskanzlei betreffen.

Schlussabstimmung zum Beitrag der ZKB zur Erreichung der Treibhausgasneutralität

Die ZKB soll neu per Kantonalbankengesetz dazu verpflichtet werden, zur Klimaneutralität beizutragen. Der Kantonsrat hat in erster Lesung mit 122 zu 49 Stimmen einer geänderten parlamentarischen Initiative (PI) von Grünen-Kantonsrat David Galeuchet zugestimmt. In der zweiten Lesung geht es am Montag nur noch um formelle Präzisierungen der Redaktionskommission (REDKO), die unumstritten sein dürften, bevor in der Schlussabstimmung abschliessend über die PI beschlossen wird ([KR-Nr. 233/2018](#)).

REDKO-Präsidentin: Sonja Rueff-Frenkel (FDP, Zürich), 079 488 28 55

Uneinigkeit über Kunst am Bau beim Neubau des FORUM UZH

Das FORUM UZH soll als Bildungs- und Forschungszentrum an prominenter Lage einen wichtigen Beitrag leisten, um für die Universität Zürich (UZH) die hochstehende Qualität des Bildungsangebots zu erhalten und den Hochschulstandort Zürich Zentrum in die Zukunft zu führen. Die Kommission für Planung und Bau (KPB) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, einen Objektkredit von 598 Mio. Franken für den Neubau des FORUM UZH zu bewilligen ([5811](#)). Uneinig ist sich die KPB über die Finanzierung der Kunst am Bau. Gemäss Leitlinie des Regierungsrates ist bei kantonalen Bauprojekten 0,5 Prozent der gesamten Bausumme für Kunst am Bau reserviert. Beim beantragten Betrag ergäbe dies knapp 2,7 Mio. Franken. Die Kommissionsmehrheit ist der Ansicht, dass dieser Betrag zu hoch sei. Sie beantragt deshalb dem Kantonsrat eine Kürzung um 1,3 Mio. Franken. Eine Kommissionsminderheit (SP, Grüne) möchte hingegen dem Antrag des Regierungsrates folgen. Eine weitere Kommissionsminderheit (SVP) möchte die gesamten Mittel für Kunst am Bau streichen und das imposante Gebäude für sich sprechen lassen.

KPB-Präsident: Andrew Katumba (SP, Zürich), 079 336 28 82

Minderheit SP, Grüne: Theres Agosti Monn (SP, Turbenthal), 079 424 69 11

Minderheit SVP: Walter Honegger (SVP, Wald), 079 236 51 82

Subvention für Infrastrukturprojekte im Hochschulgebiet soll bewilligt werden

Eine längere Diskussion dürfte es zur Ausrichtung einer Subvention an die Stadt Zürich für Infrastrukturprojekte im Hochschulgebiet geben. Die Kommission für Planung und Bau (KPB) beantragt dem Kantonsrat mit 10 zu 4 Stimmen, der Stadt Zürich – unter Vorbehalt der Bewilligung der Projekte durch den Gemeinderat – für die Infrastrukturmassnahmen der 1. Entwicklungsachse im Hochschulgebiet Zürich Zentrum (HGZZ) eine Subvention von knapp 19,4 Mio. Franken auszurichten ([5814](#)). Gemäss Vereinbarung zwischen Kanton, Stadt, USZ,

UZH und ETH steuert der Kanton Beiträge an die vier Projekte «Parkschale», «Neugestaltung Rämi-/Gloriastrasse», «Polysteig» und «Gartensequenz/Querspange» bei und tritt bestimmte Landflächen im Gebiet HGZZ an die Stadt Zürich ab. Diese Unterprojekte gaben in der Kommission Anlass zu zahlreichen Diskussionen, insbesondere die Neugestaltung der Rämi-/Gloriastrasse, welche neben der Verschiebung von Tramhaltestellen auch eine Tempo-30-Limite vorsieht. Ein ursprünglicher Minderheitsantrag der SVP, den vorgesehenen Beitrag von 1,98 Mio. Franken für die Neugestaltung der Rämi-/Gloriastrasse zu streichen, wurde zurückgezogen, weil die Konsequenzen für das Gesamtprojekt unklar waren. Stattdessen beantragt die Minderheit (SVP, FDP), die Vorlage an den Regierungsrat zurückzuweisen, mit dem Auftrag, zu klären, welche Konsequenzen die Streichung der Subvention hätte. Der Rückweisungsantrag wurde mit 8 zu 6 Stimmen abgelehnt. Ein Antrag der GLP, die Subvention um 100'000 Franken zu erhöhen, um im Bereich des FORUM UZH zusätzliche öffentliche Veloabstellplätze zu schaffen, wurde indes von der KPB mit Stichentscheid des Präsidenten unterstützt.

KPB-Präsident: Andrew Katumba (SP, Zürich), 079 336 28 82

Minderheit SVP/FDP: Walter Honegger (SVP, Wald), 079 236 51 82

Mehr Freiheit für den Unterricht in verschiedenen Anforderungsstufen

Auf Sekundarstufe I mussten Gruppen für den Unterricht bisher in verschiedenen Anforderungsstufen aus verschiedenen Stammklassen zusammengesetzt sein. Dies veranlasste SVP-Kantonsrat Matthias Hauser dazu, mit einem Postulat eine Anpassung der Volksschulverordnung zu verlangen. Der Regierungsrat hat aufgrund des überwiesenen Postulats mit einer Verordnungsänderung nun die Möglichkeit eröffnet, auch innerhalb einer Klasse in verschiedenen Anforderungsstufen unterrichten zu dürfen. Die von der Kommission für Bildung und Kultur (KBIK) einstimmig beantragte Abschreibung des Postulats dürfte somit kaum für eine lange Diskussion sorgen ([KR-Nr. 210/2018](#)).

KBIK-Präsident: Christoph Ziegler (GLP, Elgg), 079 769 34 36

Fristerstreckung für Motion zur Entkoppelung von Lehrstuhl und Klinikdirektion

Voraussichtlich ohne Diskussion dürfte der Kantonsrat der Geschäftsprüfungskommission (GPK) folgen und eine vom Regierungsrat beantragte Fristerstreckung zur Behandlung einer Motion zur Entkoppelung von Universitätslehrstuhl und Klinikdirektion am Universitätsspital Zürich (USZ) genehmigen ([KR-Nr. 201/2022](#)). Die Motion geht zurück auf eine Untersuchung der Aufsichtskommission für Bildung und Gesundheit (ABG) vom März 2021 zu besonderen Vorkommnissen an mehreren Kliniken des USZ. Gemäss Regierungsrat will das USZ die zwischen der Universität Zürich (UZH) und den Universitätsspitalern erarbeiteten Massnahmen zuerst anhand einer vergleichenden externen Studie zur Zusammenarbeit anderer Universitäten und Universitätsspitaler im In- und Ausland überprüfen. Diese Arbeiten sind gemäss Regierungsrat abzuwarten, da die Zusammenarbeit zwischen UZH und USZ im gegenseitigen Einvernehmen eine unabdingbare Voraussetzung für eine zukunftsfähige Weiterentwicklung der universitären Medizin am Standort Zürich sei. Zur parallel eingereichten Motion zu einer Neuausrichtung des Berufungsprozesses für klinische Professuren hat der Regierungsrat einen gleichlautenden Antrag auf Fristerstreckung gestellt ([KR-Nr. 202/2021](#)).

GPK-Präsident: Beat Habegger (FDP, Zürich), 076 383 82 35

Schlussabstimmung zu Schulnoten im Semesterzeugnis

An der Volksschule sollen in den Zeugnissen weiterhin Noten stehen. Der Kantonsrat hat dieser in einer parlamentarischen Initiative von FDP-Kantonsrätin Astrid Furrer festgehaltenen Forderung in erster Lesung zugestimmt. In der zweiten Lesung geht es am Montag nur noch um formelle Präzisierungen der Redaktionskommission (REDKO), die unumstritten sein dürften, bevor in der Schlussabstimmung abschliessend über die PI beschlossen wird ([KR-Nr. 69/2020](#)).

REDKO-Präsidentin: Sonja Rueff-Frenkel (FDP, Zürich), 079 488 28 55

Abschreibung von Postulaten zu Schulthemen

Keine langen Debatten dürfte die Abschreibung von vier Postulaten betreffend «Potentialstudie interkantonale Mittelschule Knonauer Amt» von EVP-Kantonsrat Daniel Sommer ([5756](#)), «Digitalisierung Mittel- und Berufsfachschulen» von Mitte-Kantonsrätin Kathrin Wydler ([5747](#)), «Tätigkeiten der Lehrpersonen im Rahmen der integrativen Förderung» von SP-Kantonsrätin Monika Wicki ([5769](#)) und «Vom Schlusslicht in die Spitzengruppe» von GLP-Kantonsrat Christoph Ziegler ([5834](#)) auslösen. Ein Postulat als erledigt abzuschreiben, bildet den finalen Akt auf der Reise dieser Vorstossart. Der Kantonsrat nimmt damit den mit dem Postulat vom Regierungsrat geforderten Bericht zur Kenntnis. Die Kommission für Bildung und Kultur (KBIK) beantragt denn auch einstimmig, die Postulate als erledigt abzuschreiben. Ebenfalls einstimmig beantragt die KBIK, die in Traktandum 12 von der Regierung vorgelegte Teilrevision des Einführungsgesetzes zum Bundesgesetz über die Berufsbildung unverändert anzunehmen ([5804](#)). Der Kanton Zürich setzt damit die 2017 in Kraft getretenen Vorgaben des Bundesgesetzes über die Weiterbildung um. Die Förderung und der Erhalt der Grundkompetenzen werden so als Spezialförderungstatbestand ins Gesetz aufgenommen.

KBIK-Präsident: Christoph Ziegler (GLP, Elgg), 079 769 34 36

Schlussabstimmung zu Änderung der Notariatsgebührenverordnung

Die Höhe der Notariatsgebühren in der Notariatsgebührenverordnung soll angepasst werden. Der Kantonsrat hat in erster Lesung einer geänderten parlamentarischen Initiative betreffend tieferen Notariatsgebühren zugestimmt, die vom parteilosen Kantonsrat Hans-Peter Amrein eingereicht worden war ([KR-Nr. 301/2018](#)). Zum einen sollen die Höchstgebühren bei gewissen gesellschaftsrechtlichen Beurkundungen und solchen im Ehegüter- und Erbrecht um 20 Prozent gesenkt werden. Zum anderen ist vorgesehen, dass für Beurkundungen auswärts und ausserhalb der Öffnungszeiten neu eine Gebühr erhoben wird. In der zweiten Lesung geht es am Montag nur noch um formelle Präzisierungen der Redaktionskommission (REDKO), die unumstritten sein dürften, bevor in der Schlussabstimmung der abschliessende Entscheid gefällt wird.

REDKO-Präsidentin: Sonja Rueff-Frenkel (FDP, Zürich), 079 488 28 55

Beiträge für das Fotomuseum Winterthur, das Projekt Phänomene und den Zoo Zürich

Unumstritten sein dürften drei Beiträge aus dem Gemeinnützigen Fonds an verschiedene Institutionen. Die Finanzkommission (FIKO) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, alle zu genehmigen. Ein Beitrag von 6,5 Mio. Franken soll an die Stiftung Fotomuseum Winterthur für das Projekt «Neubau und Sanierung Fotomuseum Winterthur» gehen ([5863](#)). Mit 5 Mio. Franken soll das Projekt «Phänomene» unterstützt werden ([5866](#)). Die Phänomene dauert von April bis Oktober 2024 und will einem breiten Publikum aktuelle wissenschaftliche und gesellschaftsrelevante Erkenntnisse zu Klima, Mobilität, Energie, Biodiversität, künstliche Intelligenz, Weltraum, Physik und Chemie präsentieren. Schliesslich soll ein jährlicher Betriebsbeitrag von 3,36 Mio. Franken für die Jahre 2023 bis 2027 an die Zoo Zürich AG fliessen ([5864](#)). Insgesamt erhält der Zoo damit 16,8 Mio. Franken aus dem Gemeinnützigen Fonds.

FIKO-Präsident: Tobias Langenegger (SP, Zürich), 079 274 09 50

Steuerabzug für Kinderdrittbetreuung soll auf 25'000 Franken erhöht werden

Gemäss geltendem Recht können bei den Staats- und Gemeindesteuern höchstens 10'000 Franken pro Kind für die Drittbetreuung abgezogen werden. Diese Obergrenze soll nun mit der Regelung des Bundes harmonisiert werden. Die Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK) beantragt dem Kantonsrat mit 12 zu 2 Stimmen, einer Änderung des Steuergesetzes zuzustimmen ([5851](#)). Bei der direkten Bundessteuer gilt seit dem 1. Januar 2023 ein Höchstbetrag von 25'000 Franken. Der Betrag entspricht den Kosten eines vollzeitlichen, nicht subventionierten Kitaplatzes im Kanton Zürich. Nach der vorgeschlagenen Anpassung des Steuergesetzes wären somit die Kosten für einen solchen Kitaplatz in vollem Umfang

abzugsfähig. Mit der Gesetzesänderung können laut Kommissionsmehrheit die Erwerbsanreize erhöht und vor allem das inländische Fachkräftepotenzial der Frauen besser ausgeschöpft werden. Weiter würde die Erhöhung einen Beitrag zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf leisten. Für Kanton und Gemeinden wäre bei statischer Betrachtung mit Mindereinnahmen von jährlich rund 14 Millionen Franken zu rechnen. Auf längere Sicht wird aber davon ausgegangen, dass die Mindererträge aufgrund der positiven Beschäftigungsimpulse eher tiefer ausfallen. Eine Minderheit der Kommission aus Grünen und CSP lehnt die Erhöhung des Steuerabzugs ab. Mit diesem Instrument würden Familien mit hohen und sehr hohen Einkommen begünstigt. Daneben führten Steuerabzüge immer auch zu Steuerausfällen.

Kommissionspräsident: Beat Bloch (CSP, Zürich), 079 891 95 05

Minderheit: Jasmin Pokerschnig (Grüne, Zürich), 079 711 04 64

Kanton hat Hürden für Menschen mit Beeinträchtigungen identifiziert

Wie können politische Informationen im Kanton Zürich in Gebärdensprache übersetzt und für gehörlose Menschen zugänglich gemacht werden? Dies wollte Silvia Rigoni, Kantonsrätin der Grünen, mit einem Postulat vom Regierungsrat wissen. Die Regierung hat umfassend Bericht über umgesetzte und geplante Massnahmen betreffend die Barrierefreiheit beim Zugang zu Behördeninformationen erstattet. Die Kommission für Staat und Gemeinden (STGK) anerkennt, dass der Kanton die Hürden für Menschen mit Beeinträchtigungen weitgehend identifiziert hat, und beantragt dem Kantonsrat einstimmig, das Postulat «Übersetzung in die Gebärdensprache» als erledigt abzuschreiben ([5797](#)).

STGK-Präsident: Stefan Schmid (SVP, Niederglatt), 079 541 53 76

Vorstösse zu Tätigkeiten von Altregierungsmitgliedern und amtlichen Publikationen

Sollte der Kantonsrat am Montagabend vor Sitzungsende noch dazu kommen, wird er ein paar Vorstösse behandeln, welche die Staatskanzlei betreffen. AL-Kantonsrätin Anne-Claude Hensch Frei fordert gesetzliche Grundlagen, damit Mitglieder des Regierungsrates, die aus dem Regierungsrat ausscheiden, während einer Frist von zwei Jahren keinen Einsitz in Institutionen nehmen dürfen, die im Zuständigkeitsbereich der Direktion des scheidenden Regierungsmitglieds oder geschäftlich mit der Direktion in Verbindung standen oder stehen ([KR-Nr. 401/2019](#)). Der Regierungsrat beantragt, die Motion abzulehnen. Indes hat sich die Regierung bereit erklärt, eine Motion der Kommission für Planung und Bau (KPB) als Postulat entgegenzunehmen, mit der die KPB den Regierungsrat einlädt, dem Kantonsrat einen Gesetzesentwurf vorzulegen, wonach die öffentlich einsehbaren Unterlagen zu den amtlichen Publikationen auch digital zur Verfügung gestellt werden müssen ([KR-Nr. 124/2021](#)). Weil die Kommission mit der Umwandlung der Motion in ein Postulat nicht einverstanden war, wird der Rat erst nach einer Diskussion über die Überweisung oder Ablehnung des Vorstosses entscheiden.

Anne-Claude Hensch Frei (AL, Zürich), 077 252 06 10

KPB-Präsident: Andrew Katumba (SP, Zürich), 079 336 28 82

Diese Vorschau bietet einen Überblick über die Traktanden, die voraussichtlich behandelt werden. Alle weiteren Verhandlungsgegenstände sind auf der [Traktandenliste](#) aufgeführt.

Allgemeine Auskünfte zur Sitzung des Kantonsrats geben:

Esther Guyer, Kantonsratspräsidentin, 079 699 13 45

Ronny Nicolussi, Medienbeauftragter, 043 259 20 12